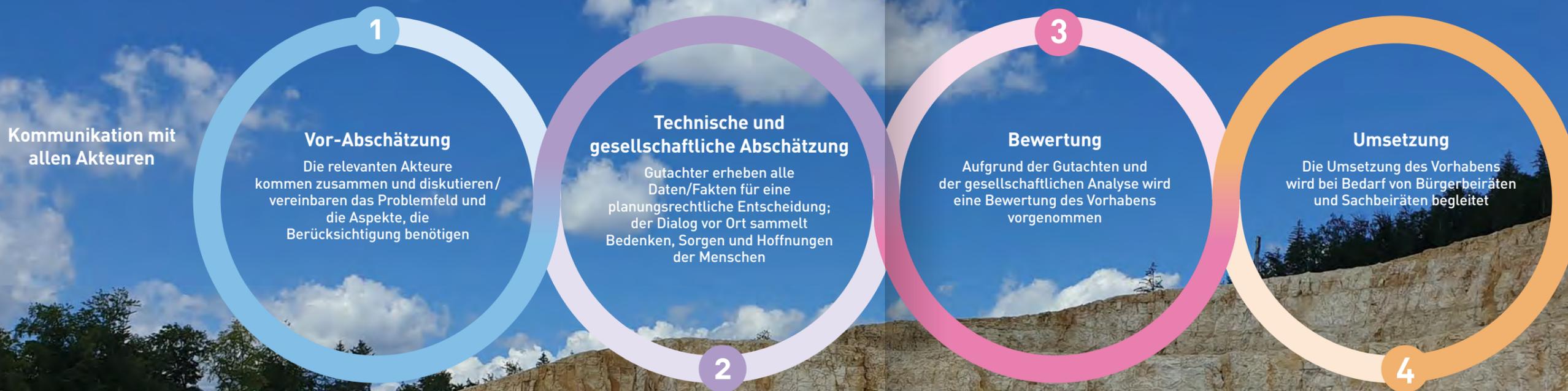


# Dialogvernetzung auf allen Ebenen – der Dialogbeirat



**G**enehmigungsverfahren für Vorhaben im Steine- und Erdenbereich sind sowohl sachlich äußerst komplex als auch zeitlich eine Herausforderung. Meist vergehen mehrere Jahre zwischen der Planung eines Vorhabens und der Entscheidung über eine Genehmigung. Die Komplexität der Verfahren erfordert verschiedenartigste Gutachten. Öffentliche Diskussionen und Konflikte um die jeweiligen Abbauvorhaben hingegen sind zu jedem Zeitpunkt des Genehmigungsverfahrens möglich.

Die Navigation durch diese unterschiedlichen Herausforderungen von Planungsvorhaben auf der lokalen Ebene, so hat es sich zwischenzeitlich in der Branche etabliert, muss extern begleitet werden. Für die fachlichen Fragen sind hierfür entsprechende Gutachter notwendig, für die Koordination und Umsetzung einer Dialogstrategie müssen Experten hinzugezogen werden. Aber trotz des Einbezugs professioneller Gutachter und Dialoggestalter ergeben sich Konflikte mit der Öffentlichkeit über die Dauer der Verfahren, die Transparenz sowie über die Anforderungen der Genehmigungsverfahren insgesamt. An dieser Stelle setzt der Dialogbeirat des ISTE an.

## Eine Plattform für alle

Der Dialogbeirat ist schon in seiner Gründungsidee ein Novum. Es ist das einzige Gremium, das niederschwellig alle von einem Planungsvorhaben betroffenen Akteure auf eine gemeinsame Plattform einlädt. Ob Landkreis, Regionalverband, Regierungspräsidium, Mitglieder des Landtags, Bürgermeister, Verbände, Unternehmen unterschiedlicher Größe und Struktur, Wissenschaft, Umweltschutzverbände oder Beratungsunternehmen: Kein anderes Gremium bindet diese unterschiedlichen Akteure zusammen für einen konstruktiven Dialog über die Herausforderungen von Planungsvorhaben. Und genau hier setzt der vom ISTE initiierte und organisierte Dialogbeirat an. Bereits in der ersten von Dr. Piet Sellke (adribo) moderierten Sitzung des Beirats zeigte sich, dass diese Form des Austausches unabhängig von einem konkreten Vorhaben einen Mehrwert für alle Beteiligten darstellt.

In den Diskussionen des Dialogbeirates wurde deutlich, dass die oben angesprochene Komplexität der Genehmigungsverfahren – und damit auch ihre Dauer – der Transparenz über die Inhalte der Verfahren entgegenwirkt. Dies ist nicht nur für die Seite der Verbände und der Industrie eine Sorge, sondern

auch die Behörden selbst würden sich gewissenhafte, aber durchaus effiziente und zügige Verfahren wünschen. Oftmals entstehen lokale Konflikte genau aus dieser für Laien unüberschaubaren Situation.

## Vier Phasen der Entscheidungsfindung

Der Dialogbeirat entwickelte mit der wissenschaftlichen Begleitung von Prof. Dr. Frank Brettschneider (Universität Hohenheim) und Prof. Dr. Ludger Dienel (Technische Universität Berlin) ein Vorgehen, mit dem der frühzeitige Einbezug aller relevanten Akteure möglich wird. Das Modell der „kooperativen Entscheidungsfindung“ auf lokaler Ebene ermöglicht eine frühzeitige und offene Diskussion, was im Gesamtprozess an Maßnahmen notwendig werden wird. Die Infografik (oben) zeigt diesen Prozess.

In der ersten Phase, der Vor-Abschätzung, werden alle betroffenen und relevanten Akteure zusammengebracht. Das Format dieser Vor-Abschätzung kann variieren und ist nicht an eine fixe Struktur gebunden, wie dies beispielsweise bei Scoping-Terminen der Fall ist. Hierdurch wird eine große Flexibilität möglich, ohne jedoch das Ziel

der Vor-Abschätzung aus den Augen zu verlieren: Was ist wem wichtig? Wer braucht was für eine gemeinsame Entscheidung? Welche Aspekte müssen im Entscheidungsprozess eine Berücksichtigung finden über die formalen Verfahren hinaus? So kann es beispielsweise lokale Besonderheiten geben, die im regulären Planungsverfahren nicht aufgegriffen werden, da diese nicht Bestandteil der Betrachtungen sind, aber für die Akzeptanz vor Ort eine große Rolle spielen. Für behördliche Vertreter ist die Vor-Abschätzung wichtig, da diese auch ein Instrument des Vertrauensaufbaus der Öffentlichkeit in das behördliche Vorgehen ist. In einer Vielzahl von Fällen, so die Analyse des Dialogbeirats, wurden die behördlichen Vorgänge rund um die Genehmigungsverfahren von der Öffentlichkeit nicht immer substantiell nachvollzogen und in der Folge nicht akzeptiert.

In der zweiten Phase der kooperativen Entscheidungsfindung werden Fachgutachten erstellt sowie der unter Umständen notwendig werdende Dialog mit der Öffentlichkeit geführt. Hierbei kommt die ganze Bandbreite von partizipativen Verfahren in Frage und muss auf die lokale Situation angepasst werden. Den Behörden ist es im dritten Schritt

vorbehalten eine inhaltliche Bewertung vorzunehmen und entsprechend die Genehmigung auszusprechen oder zu versagen.

Der letzte (und vierte) Schritt der kooperativen Entscheidungsfindung hingegen dient der längerfristigen Umsetzung und Kooperation mit allen involvierten Akteuren. Hier können spezifische lokale Maßnahmen umgesetzt werden, die in den Phasen zuvor zusammen mit der Öffentlichkeit oder anderen involvierten Akteuren (z.B. Umweltverbänden) entwickelt und vereinbart wurden.



## Dialog als Managementprozess

Eine Feststellung des Dialogbeirats war außerdem, dass jede Form des Dialogmanagements und der Öffentlichkeitsbeteiligung eine klare Ausrichtung und Firmenstrategie benötigt. Dialog muss genauso in einen Managementprozess aufgenommen werden wie andere Managementbereiche. Erst wenn Akteure – in diesem Fall Unternehmen – eine klare Managemententscheidung über die Beteiligung haben, wird diese auch umsetzbar und machbar.

Der Dialogbeirat wird sich weiterhin in regelmäßigen Abständen treffen und darüber beraten, wie die fruchtbaren Dialoge innerhalb des Beirats den Dialog vor Ort unterstützen können.

*Dr. Piet Sellke (adribo)*

Der Bericht des Dialogbeirats (Anfang 2022 vom ISTE veröffentlicht) ist eine Handreichung für Unternehmen mit konkreten Empfehlungen für Kommunikation und Dialog mit Bürger:innen, zivilgesellschaftlichen Akteuren sowie Politik und Verwaltung.